

ÖSTERREICHISCHE
PRÄSIDENTSCHAFTSKANZLEI

3235/13

Wien, am 31. August 1989

An das
Präsidium des Nationalrates
1017 W i e n

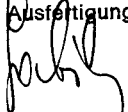
Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	63 - GE 98
Datum:	1. SEP. 1989
Verteilt	7.9.1989 KES

In Anhang

Die Präsidentschaftskanzlei beehrt sich, anbei 25 Ausfertigungen der Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes vom 7. August 1989, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz, die Bundesabgabenordnung und das Zustellgesetz geändert werden, zur gefälligen Kenntnisnahme zu übermitteln.

Der Kabinettsvizedirektor:
Dr. Lutterotti

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



ÖSTERREICHISCHE
PRÄSIDENTSCHAFTSKANZLEI

3235/13

Wien, am August 1989

An das
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
W i e n

Die Präsidentschaftskanzlei beehrt sich mitzuteilen, daß gegen den mit Schreiben vom 7. August 1989 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz, die Bundesabgabenordnung und das Zustellgesetz geändert werden, aus ho. Sicht kein Einwand besteht.

Der Kabinettsvizedirektor:
Dr. Lutterotti